

Niemark will KKW-Müll abnehmen

LN 24.11.15, Seite 15 Regionalzeitung
Grünen-Umweltsenator sieht Bauschutt-Einlagerung auf der Deponie kritisch

Lübeck. Im Sommer wandte sich der Kieler Umweltminister Robert Habeck (Grüne) an die kommunalen Spitzenverbände, Entsorger und Kraftwerksbetreiber, um einen gemeinsamen Weg für die Entsorgung von Bauschutt aus stillgelegten Kernkraftwerken (KKW) zu suchen. Auch der Lübecker Senat wurde gefragt, ob er zu einer Vereinbarung bereit sei.

Die Hansestadt hat ihre Fachleute befragt und jetzt eine Stellungnahme erarbeitet. Daraus wird deutlich: Die Entsorgungsbetriebe Lübeck (EBL) sind grundsätzlich bereit, ihre Deponie für Kernkraft-Bauschutt zur Verfügung zu stellen.

„Die Deponie Niemark verfügt gegenwärtig über freie Kapazitäten und die EBL haben ein grundsätzliches Interesse, geeignete Materialien einzulagern“, heißt es wörtlich in dem Schreiben, das von Umweltsenator Bernd Möller (Grüne) an den Städteverband Schleswig-Holstein geschickt wurde. Die Deponie könne in Absprache mit der zuständigen Landesfachbehörde auch Abfälle aus der Region aufnehmen.

Allerdings: Ob es dazu kommt, hänge davon ab, ob die Deponie für diesen Bauschutt aufgerüstet werden muss und wie viel Platz noch vorhanden ist, wenn der Bauschutt aus den Kernkraftwerken tatsächlich vorliegt. Die ersten Abrisse erfolgen laut Kieler Umweltministerium erst Mitte der 2020er Jahre. Außerdem dürfe der Lübecker Gebührensahler durch die Einlagerung von KKW-Schutt nicht belastet werden, heißt es in der Stellungnahme.

Auch der Bereich Stadtgrün und Verkehr wurde gefragt, ob er Bauschutt aus Kernkraftwerken im Straßenbau einsetzen würde. Die Verkehrsbehörde erteilt diesem Ansinnen eine klare Absage. Bauschutt sei ein schlechteres Material und erfülle nicht die Qualitätsansprüche der Verkehrsbehörde.

Umweltsenator Möller beklagte im jüngsten Umweltausschuss, dass es bisher viel zu wenige Informationen vom Land gebe. „Wir haben null Ahnung, mit welchen Deponien das Umweltministerium überhaupt plant“, sagte Möller, der derselben Partei angehört wie der Minister. Die Informationslage sei unklar, trotzdem dränge das Land auf eine Entscheidung. Möller: „Wir werden unter Druck gesetzt.“ Der Ausschussvorsitzende Hans-Jürgen Schubert (Grüne) forderte, dass das städtische Gesundheitsamt hinzugezogen würde.

Das Kieler Umweltministerium kennt die Stellungnahme aus Lübeck nicht, hat aber ein Schreiben des Städteverbandes erhalten. Der

begrüße den Gedanken der Gesamtverantwortung, erklärt Habecks Sprecherin Nicola Kabel. Allerdings habe auch der kommunale Spitzenverband Fragen zu Zuständigkeiten und Rahmenbedingungen. Kabel: „Diese Fragen werden dem Städteverband beantwortet.“

Am 30. November lädt Habeck Vertreter der kommunalen Spitzenverbände, der Entsorgungswirtschaft, der Umweltverbände, der Landtagsfraktionen und der Kernkraftwerksbetreiber ein. *dor*

Zuerst Brunsbüttel

15 bis 20 Jahre wird der Rückbau der Kernkraftwerke im Land dauern. Zuerst wird Brunsbüttel zurückgebaut, dann Krümmel, zuletzt Brokdorf. Umweltminister Robert Habeck (Grüne) sucht Deponien für Bauschutt wie Türen, Mauern, Treppen oder Lampen. Habeck hat öffentlich versichert, dass nur ungefährliche Materialien auf die Deponien kommen.



Mit Bauschutt haben die Entsorgungsbetriebe Erfahrung: Hier wird auf Niemark die abgerissene Vorwerker Brücke „zerknabbert“. Foto: Kröger